

Haben die Corona-Proteste ein ähnliches Spaltpotential wie die Zuwanderungsfrage?

Liebe*r Leser*in von *Streit&Struntz*,

die Bilder von den vergangenen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen sind medial noch sehr präsent. Es stellt sich die Frage, ob diese Proteste ein ähnliches gesellschaftliches und politisches Spaltpotential wie die Zuwanderungsfrage haben? Markus Klein, Geschäftsführer von DEMOS - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, sagt dazu "Nein, aber...":

In vielen Städten und Gemeinden sowie bundesweit ist zu beobachten, dass rechtsextreme Gruppen sich mit Impfgegner*innen, Verschwörungstheoretiker*innen, Reichsbürger*innen und Anhänger*innen von Erweckungsbewegungen verbünden, um gegen die Einschränkungen durch Hygienemaßnahmen zu protestieren. Hinzu kommen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Existenz befürchten oder sich von Unterstützungsmaßnahmen zu wenig berücksichtigt sehen. Dies erinnert an die Anfänge der PEGIDA-Bewegung.

Damit solche Bewegungen an die Bruchstellen innerhalb der Gesellschaft andocken und polarisieren können, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt werden:

1. Eine überregional geführte, stark emotionalisierende Debatte bietet einer großen Zahl von Bürger*innen die Grundlage dazu, sich selbst zu positionieren.
2. Ein lokaler Konflikt schafft einen Auslöser, der genutzt werden kann.
3. Es gibt Akteure, die vorbereitet und in der Lage sind, diesen Auslöser zu nutzen und mit der öffentlichen Debatte zu verknüpfen.

Die dadurch entstehende öffentliche Bewegung bemüht sich dann darum, dem mobilisierten „Wir“ ein „Die Anderen“ entgegen zu stellen. Besonders effektiv ist dies dann, wenn die so definierten Anderen als Bedrohung von außen dargestellt werden können, gegen die man sich kollektiv schützen müsse.

Streit&Struntz – Raum für Denkanstöße zu kommunalen Konflikten gibt einmal im Monat, an jedem ersten Freitag, einen Anstoß für neues Denken zu Konflikten im kommunalen Raum. Es lädt ein zu einer Online-Diskussion, mit der das Thema vertieft wird. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V. schafft damit ein Dialogformat für den Austausch zwischen Praxis der Konfliktbearbeitung, Konfliktberatung und Wissenschaft.

Rechtsextreme Gruppen bauen bei ihrem Instrumentalisierungsversuch auf diese Handlungslogiken auf und wollen spalten, so wie es ihnen anlässlich der politischen Krise im Zuwanderungsjahr 2015/2016 gelang. Bisher ist der „Erfolg“, hier durch rechtsextreme Akteure nachhaltig politisch zu stärken, nicht nachzuweisen. Ein Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs ist jedoch bereits beobachtbar.

Über die Proteste gegen die Corona-Politik, möchten wir mit Ihnen am 21. September 2020 diskutieren. Ines Vorsatz, Leiterin des Kommunalen Präventionsrats der Stadt Chemnitz, wird auf den Beitrag von Markus Klein antworten. Anschließend sind wir auf einen Austausch mit Ihnen gespannt.

Das Online-Gespräch findet am Montag, 21. September, von 16:00 bis 17:00 Uhr statt. Wir bitten um eine kurze Anmeldung per E-Mail an Ornella Gessler: gessler.konfliktberatung@vfb-saw.de. Die Zugangsdaten zum Online-Gespräch werden kurz vor Veranstaltungsbeginn per E-Mail an alle angemeldeten Personen verschickt.

Das [Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung](#) bietet Städten, Gemeinden und Landkreisen Unterstützung bei der Bearbeitung von akuten oder latenten Konflikten an. Der methodische Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung sieht ein allparteiliches, ressourcenorientiertes und auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtetes Vorgehen vor.

Weitere Informationen: www.vfb-saw.de/kommunale_konfliktberatung_im_vfb_salzwedel/

Sie können unsere Arbeit gerne mit einer Spende unterstützen. Bitte geben Sie hierfür den Verwendungszweck „Kompetenzzentrum KKB“ an.

Spendenkonto:

Verein zur Förderung der Bildung

BAN: DE39 8105 5555 3000 0115 19

BIC NOLADE21SAW

Sparkasse Altmark West

Spenden sind steuerlich absetzbar. Bitte geben Sie Ihre Anschrift an. Sie erhalten dann eine Spendenquittung.



Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung